

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Landtag, 1. Kammer - digitalisiert**

**Baden / Ständeversammlung**

**Karlsruhe, 1819 - 1918**

3. Sitzung (01.12.1883)

**urn:nbn:de:bsz:31-28968**

## Dritte öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, den 1. Dezember 1883.

### Gegenwärtig:

Die in der vorigen Sitzung erschienenen Mitglieder mit Ausnahme Seiner Großherzoglichen Hoheit des Prinzen Karl von Baden.

Von Seiten der Regierungskommission:

Der Präsident des Staatsministeriums, Herr Staatsminister Turban, der Präsident des Ministeriums der Finanzen, Herr Geheimerath Ellstätter, der Präsident des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts, Herr Koll und Herr Ministerialdirektor Eisenlohr.

Unter dem Vorsthe des Präsidenten, Herrn Karl Freiherr von Rüdten-Collenberg.

Seine Großherzogliche Hoheit Prinz Karl hat sein Fernbleiben von der heutigen Sitzung entschuldigt.

Von Seiten des Präsidenten des Großherzoglichen Finanzministeriums ist eine Mittheilung, betreffend den Remunerationsfond für die Beamten und Angestellten der Eisenbahnbetriebsverwaltung, eingekommen,

Beilage Nr. 21 $\frac{1}{2}$  (ungedruckt).

Eine an das Haus gelangte, in 15 gleichlautenden Exemplaren bestehende Petition von Almendshofen u. s. w. (wie im Beilagenverzeichnis) wegen Baues einer Sekundärbahn von Furtwangen nach Donauessingen wird der Kommission für Eisenbahnen und Straßen überwiesen,

Beilage Nr. 22 bis 36 (ungedruckt).

Die Tagesordnung führt zur Berathung der Adresse auf die Thronrede,

Beilage Nr. 21.

Der Berichterstatter Geheimerath Dr. Schulze verliest den von der Kommission beschlossenen Entwurf und knüpft daran eine eingehende Begründung der wichtigsten Sätze.

In Bezug auf die bedrängte Lage der Landwirthschaft betont Redner, daß wenngleich dieselbe zum Theil durch schlechte Erntejahre und auswärtige Konkurrenz verursacht sei, doch auch andere Ursachen mitspielten, gegenüber welchen die Gesetzgebung helfend einzugreifen in der Lage sei. Das werde allmählich auch überall erkannt und in einer Reihe von Staaten machten sich Bestrebungen nach dieser Richtung geltend. Diese Zeichen der Zeit dürfe man nicht verkennen.

Ueber den Kulturkampf seien sicherlich die Ansichten im Hause sehr verschieden; darin aber seien Alle einig, daß derselbe schließlich unhaltbare Zustände herbeigeführt habe. Die Beseitigung der letzteren sei nicht bloß dem guten Willen, sondern ganz besonders auch dem diplomatischen Geschick der Regierung zuzuschreiben, was auch auswärtig anerkannt werde. Es würde zur besonderen Freude der Kammer gereichen, wenn der ehrwürdige friedliche Prälat, welcher den erzbischöflichen Stuhl bestiegen, den ihm gebührenden Sitz in diesem Hause ein-

nehmen und dadurch in jeder Beziehung dem Staate die Hand reichen würde.

Der Berichterstatter hofft, daß die Uebereinstimmung, welche in der Kommission sich kund gegeben, auch im Hause zum Ausdruck gelangen werde.

Nach Eröffnung der Generaldiskussion ergreift Freiherr von Bodman das Wort, um vor Allem seiner Freude darüber Ausdruck zu geben, daß das Peinliche früherer Adreßdebatten, welches ihn und manche seiner Freunde, obgleich sie damals von der gleichen Loyalität und Unterthanentreue erfüllt gewesen wie jetzt, oft zum Widerspruch gegenüber den Ansichten der Majorität gedrängt habe, nunmehr glücklich beseitigt sei. Die für ihn und seine Freunde maßgebenden Grundsätze seien noch dieselben wie damals, aber die Verhältnisse seien bessere, gesündere geworden; es habe sich die Ansicht immer mehr Bahn gebrochen, daß die Adresse nicht dazu da sei, den einen oder anderen Parteistandpunkt hervorzuheben, sondern vielmehr den Gesamtausdruck aller loyalen Mitglieder des Hauses darzustellen. Redner dankt der Kommission, deren Mitglied er war, daß sie von solchen Anschauungen ausgehend auch auf seine Gefühle und Wünsche Rücksicht genommen und es ihm so möglich gemacht habe, der Adresse freudig zuzustimmen. Das erzielte Einverständnis über den Wortlaut der Adresse schliesse übrigens ein Auseinandergehen der Ansichten über die Tragweite einzelner Sätze nicht aus. So dürfe seines Erachtens das Festhalten an den „bewährten Grundlagen der Verfassung“ nicht so verstanden werden, daß alle Aenderungen, auch solche, die sich als ein dringendes Bedürfnis herausstellen, von der Hand zu weisen seien. Als eine Konsequenz des Grundsatzes „gerechter Freisinnigkeit“, zu welchem auch er sich bekenne, betrachte er es, daß die Regierung sich bemühe, über den Parteien zu stehen. Insbesondere hege er auch die Zuversicht, daß dieselbe nicht anstehen werde, allen anerkannten Religionen in gerechter Würdigung der zu ihrer ungehinderten Existenz erforderlichen Bedingungen die ihnen nothwendigen Freiheiten und Rechte zu gewähren und ebenso jeder Interessengemeinschaft und jedem Stande das ihnen Gebührende zukommen zu lassen. Ueber das freundliche Verhältniß der Regierung zum katholischen Kirchenregiment sei wohl der größte Theil des Volkes, darunter besonders alle wahren Katholiken, sehr erfreut; er hoffe, daß dieses Verhältniß ein dauerndes sein und für die Rechte der Katholiken und für Abstellung ihrer Beschwerden gute Früchte tragen möge. Im weiteren

dankt Redner der Regierung für die von ihr veranlaßten Erhebungen auf dem Gebiete der Landwirthschaft, gibt jedoch seiner Ueberraschung Ausdruck, daß eine erhoffte Gesetzesvorlage in diesem Betreff noch nicht gemacht wurde. Er wünscht von dem Herrn Staatsminister zu hören, ob eine solche überhaupt in Aussicht stehe, oder ob etwa beabsichtigt sei, zunächst die Erhebungen noch weiter auszudehnen. So viel man vernehme, habe sich in einzelnen Theilen des Landes eine schauerhafte Verschuldung der Landwirthe herausgestellt. Er könne daher unmöglich denken, daß die Regierung auf weitere Maßnahmen zur Beseitigung der dringendsten Uebelstände verzichten und dadurch zur Einbringung von Initiativanträgen drängen werde. Die einzige bis jetzt angekündigte Vorlage, die in dieses Gebiet einschlage, sei der Gesetzentwurf über die Einkommensteuer. Vor 9 Jahren habe er mit seinen Freunden in diesem Hause gegen eine solche Steuer stimmen zu müssen geglaubt, weil sie als eine Zusatzsteuer zur Vermehrung der bestehenden Steuern gedacht war; in diesem Jahre würden sie sich wohl freundlicher zu der Vorlage stellen können, weil zu erwarten stehe, daß das Ergebnis der neuen Steuer zur Erleichterung anderer allzu drückender Lasten dienen solle, als welche er z. B. die Besteuerung der zur Landwirthschaft nöthigen Gebäude sowie die übermäßige Einschätzung des landwirthschaftlichen Geländes nennen möchte. Daß in dem Adreßentwurf gerade das Bedürfnis nach Maßnahmen zur Besserung der Lage der Landwirthschaft in so warmen und eindringlichen Worten betont wurde, freue ihn ganz außerordentlich und werde gewiß im Lande den besten Eindruck machen. Auch die Großherzogliche Regierung werde über dieses Bedürfnis hinreichend unterrichtet sein; doch könne er die Bemerkung nicht unterdrücken, daß landwirthschaftliche Feste, deren der Herr Staatsminister in an sich dankenswerther Weise mehrere besucht, nicht die richtigen Gelegenheiten seien, um die wahre Stimmung des Volkes kennen zu lernen. Der Herr Staatsminister möge vielmehr zu diesem Behufe einmal inkognito oder als ein zweiter Harun al Raschid die Ortschaften bereisen und sich mit den Landleuten in Gespräche einlassen. Auch aus den Berichten der Beamten, welche den Schlußtagfahrten der Enquete-Kommissionen anwohnten, sowie aus den Verhandlungen der letzten Versammlung badischer Landwirthe werde er sich über Ansichten und Wünsche dieser Kreise geeignet verlässigen können. Er, Redner, würde über diese Dinge nicht so oft hier sprechen, wenn er nicht mit eigenen

Augen sehen müßte, in wie übler Lage unser Bauernstand sich befinde und welche große Gefahren für den Staat hieraus erwüchsen. Seiner Ansicht nach habe Jeder, der durch Stellung oder Besitz zu öffentlicher Wirksamkeit berufen sei, die Verpflichtung, in seinen Kreisen auf Abwendung dieser Gefahren hinzuwirken, indem er z. B. als Grundbesitzer in Verwaltung und Bewirtschaftung seiner Güter mit gutem Beispiele vorgehe, oder gemeinnützige Unternehmen, wie ländliche Darlehenskassen, begünstige. Die größte Aufgabe scheine ihm aber doch dem Staate und der Gesetzgebung zuzufallen, weil auch durch diese der jetzige Zustand am meisten verschuldet wurde. Im Reiche habe man gegenwärtig das eifrige Bestreben, dem Arbeiterstande durch zeitgemäße Gesetze (über Krankenkassen, Unfallversicherung) aufzuhelfen; gesetzgeberische Maßnahmen zur Hebung der Landwirtschaft würden hingegen mehr Aufgabe der Einzelstaaten sein. Dieselben müßten sich nach Redners Ansicht in zwei Richtungen bewegen, nämlich einerseits die Festigung des Grundbesitzes und andererseits eine Steuerreform im Auge haben. Der Bauer liebe seine Scholle und es sei dieser Liebe zum Eigenthum wohl besonders zu danken, daß Umsturzideen noch nicht in größerem Umfange bei ihm Eingang gefunden. Es sei hohe Zeit, dafür zu sorgen, daß ihm seine Scholle erhalten bleibe und daß er sich auch wohl bei derselben fühlen könne, als bisher.

Freiherr E. v. Göler ist an sich kein Freund von Adressdebatten, weil sie die praktischen Arbeiten verzögern und leicht doktrinaire Gegensätze hervorrufen; wenn er diesmal den Antrag auf Erlassung einer Adresse unterstützt habe, so geschah es im Hinblick auf das hoch erfreuliche Ereigniß der Wiedergenesung Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs, welches mit Recht Anlaß zu warmem Ausdruck der Gefühle des Hauses gebe. Auch im Uebrigen ist Redner über den Geist, der die vorliegende Adresse durchwehe, aufrichtig erfreut. Der besonders betonte Grundsatz „gerechter Freisinnigkeit“ finde ebenso seinen Beifall, wie der Passus des Wahlerlasses, welcher auf das Zusammenwirken der „gemäßigten Elemente“ abziele. Auch er und seine Freunde hätten geglaubt, sich mit Zug in den Schatten dieser Worte stellen zu dürfen. Wenn er auch den Mißbrauch, der in der Presse mit dem Wahlerlaß getrieben worden, bedauere, so habe er sich doch selbst aufrichtig über letzteren gefreut, weil er darin eine Manifestation des monarchisch-konstitutionellen Geistes erblickte. Die Beilegung des Kultur-

kampfes begrüßt Redner besonders vom evangelischen Standpunkte aus mit Genugthuung; der Widerstreit der Ideen werde zwar fortauern, aber, wie er hoffe, den Charakter eines Geisteskampfes nicht mehr verläugnen. Auf das wirtschaftliche Gebiet übergehend findet Redner die Ursache des finanziellen Aufschwungs in erster Reihe in der Wirtschaftspolitik des Reichskanzlers, welche anfangs nur bei den Deutschkonservativen, überraschend schnell aber auch in weiten Kreisen des Volkes Anklang gefunden habe. Ohne den in das Budget eingestellten Antheil an den Reichseinkünften mit 3½ Millionen Mark würden wir mit einem Defizit zu rechnen haben. Er hoffe deshalb, daß, wenn es sich um die Weiterentwicklung des Steuerwesens im Reiche handle, Zentrum und Konservative nicht mehr allein stehen würden. Die Behandlung, welche die Regierung der Bauernfrage habe angedeihen lassen, sei dankbar anzuerkennen. Eine Gesetzesvorlage auf diesem Gebiete konnte noch nicht erwartet werden. Indem er sich vorbehalte, bei anderer Gelegenheit sich eingehender über diesen Gegenstand auszulassen, wolle er für jetzt nur betonen, daß die gesetzgeberischen Maßnahmen jedenfalls die Fundamente unseres heutigen Eigenthumsrechts nicht berühren dürften, damit nicht ein heilloser Interessentkampf heraufbeschworen werde. Als ein geeignetes Mittel, die Lasten des Grundbesitzes in etwas zu erleichtern, betrachte er die projektirte Einkommensteuer. Durch deren Einführung werde die Grundsteuerfrage zwar noch nicht gelöst, aber doch der Lösung näher geführt werden.

Graf v. Kageneck: Dieder Kommission zur Verfügung gestandene Zeit sei eher für eine Depesche als für eine Adresse bemessen gewesen, doch gelte auch in diesem Falle das Wort »bis dat, qui cito dat«. Redner geht ebenfalls auf die Erhebungen über die Landwirtschaft näher ein und wünscht nur, das Ergebnis derselben möge ihn überzeugen, daß er in dieser Beziehung zu schwarz gesehen habe. Auf das kirchenpolitische Verhältniß übergehend, bemerkt Redner, es seien bei der langen Dauer des Kulturkampfes zu tiefe Wunden geschlagen und zu viele Ruinen geschaffen worden, als daß erstere schon hätten vernarben und aus letzteren neues Leben hätte entstehen können. Allein bei dem allseits bekundeten guten Willen dürfte die Zeit nicht mehr fern sein, wo die Mitglieder dieses hohen Hauses nicht mehr auf verschiedenen Wegen, sondern Schulter an Schulter dem gemeinsamen Ziele, dem Wohle des theuren Vaterlandes, zustreben würden. Für den schon mehrfach hervorge-

hohenen Aufschwung von Handel und Verkehr spreche unter andern Thatfachen die lange Reihe der fahrplanmäßigen und Extra-Güterzüge; möchten dieselben ohne Kollisionen ihre Bahnen wandeln! Wenn auch die Meinungen über das System der Reichssteuern sehr auseinander gingen, so sei doch die von dort herfließende Gabe für unsere Staatskasse sehr willkommen und nur zu hoffen, daß dieses Geld, nachdem es durch die reinigende Hand des Herrn Finanzministers gegangen (Heiterkeit), zur finanziellen Erleichterung der Staatsbürger dienen möge.

Diffenó lobt den Adressentwurf als ein vortreffliches Werk, welches auch seinen Gefühlen und Anschauungen vollkommen entspreche. Hinsichtlich des die „bewährten Grundlagen der Verfassung“ betreffenden Passus, pflichtet Redner der Anschauung des Freiherrn von Bodman bei, daß durch das Festhalten an denselben eine legitime Weiterbildung unseres konstitutionellen Lebens nicht ausgeschlossen sein solle. Für den Bauernstand hegt Redner ebenfalls warme Sympathien, möchte jedoch einer allzu sanguinischen Auffassung von der Macht der Gesetzgebung und der Staatsgewalt überhaupt, auf diesem Gebiete bessernd einzugreifen, sich nicht hingeben. Wenn von Entlastung des einen Bevölkerungstheils gesprochen werde, so dürfe nicht übersehen werden, daß dieselbe eine entsprechende Mehrbelastung des andern Theils bedente; erstere werde von Allen erstrebt, von letzterer wolle Niemand etwas wissen. Man sollte deshalb heute hier etwas weniger in Aussicht nehmen, damit die spätere Ausführung nicht hinter dem Versprochenen zurückbleibe. Redner äußert des weiteren seine Genugthuung über das freundliche Verhältniß zwischen Kirche und Staat, sowie über die günstige Lage der Finanzen. Mit dem Ausdruck dankbarer Anerkennung für die weise Fürsorge der Regierung auf dem Gebiete des Verkehrswesens verknüpft er den Wunsch, daß bei der Weiterentwicklung des letzteren eine vorsichtige Zurückhaltung in Bezug auf den Bau unrentabler Bahnen beobachtet werden möge. Die ausnahmsweisen Gründe, welche zur Genehmigung der Höllenthalbahn führten, berechtigten nicht zu dem Schlusse, daß auf diesem Wege fortgeschritten werden solle. Im Gegentheil: weil unsere Finanzen durch dieses kostspielige Unternehmen so schwer belastet seien, bedürften sie dringend der Schonung. Die Einnahmen unserer Staatsbahnen hätten zwar, Dank der Umsicht der Generaldirektion, eine Steigerung erfahren, es liege jedoch nicht in der Hand dieser

Behörde, ein günstiges Resultat auch für die Zukunft zu sichern, zumal unsere Bahnen durch eine linksrheinische Parallelbahn konkurrenzirt würden und jeden Augenblick gezwungen werden könnten, ihre Tarife herabzusetzen.

Sander freut sich, aus den Worten der Thronrede entnehmen zu können, daß die Regierung auch für das Gedeihen von Handel und Verkehr ein warmes Interesse habe. Wenn hier auch das meiste der Zuständigkeit des Reiches unterliege, so bliebe doch noch vieles dem Einzelstaate zu thun übrig, so insbesondere die Erlassung der wichtigen Vollzugsverordnungen zu den Reichsgesetzen, wobei er nicht zweifle, daß die Großherzogliche Regierung auch hierin mit bewährtem freisinnigen Geiste zu Werke gehen werde. Als Industrieller tritt Redner der vielfach gehegten Meinung entgegen, als ob die Interessen von Industrie und Landwirtschaft im Widerstreit stünden; wie sehr beide auf einander angewiesen seien, könnten gerade diejenigen Industriellen am besten beurtheilen, welche landwirthschaftliche Produkte verarbeiten. Was die von Freiherrn von Göler in den Vordergrund gestellte kanzlerische Wirthschaftspolitik betreffe, so sei allerdings der Effekt derselben in der Verminderung der Matrikularbeiträge und in der Erhöhung unseres Antheils an den vom Reiche erhobenen Zöllen und indirekten Steuern unverkennbar. Aber andererseits könne doch unmöglich übersehen werden, daß wir an diesen Steuern unser gutes Theil mitbezahlen, ja daß wir, was speziell die Tabaksteuer betrifft, ganz vorwiegend belastet seien und wenn es auch nach der Meinung der Parteigenossen des Freiherrn von Göler ginge, noch erheblich höher in Anspruch genommen würden. Sollte es dagegen dem genannten Herrn Vorredner gelingen, den Reichskanzler für eine intensivere Besteuerung des Branntweins zu gewinnen, dann könnte man bei uns in Baden eher damit einverstanden sein. Zum Schlusse kommt Redner noch auf die projektirte Einkommensteuer zu sprechen, von welcher er bemerkt, daß sie Veranlassung bieten müsse, unser partikulares Steuer-system den einzelnen Berufsständen besser anzupassen. Doch warne Redner vor allzu weitgehenden Erwartungen. Von einer etwaigen Beseitigung der bestehenden direkten Steuern dürfe nicht die Rede sein, denn dieselben bildeten den festen Halt des ganzen Steuersystems.

Geheimer Hofrath Dr. von Holt wendet sich zunächst gegen die Auffassung des Freiherrn von Göler, daß Adressdebatten in der Regel besser vermieden würden. Das

allerdings sei auch seine Meinung, daß die Adresse nicht ein Parteiprogramm sein solle, ebensowenig wie die Thronrede sich als solches darstellen dürfe. Die Adresse müsse den gemeinsamen Boden betreten, auf dem alle Parteien sich vereinigen. Gerade in unserer Zeit der Meinungszer splitterung und der Verwirrung der Geister liege eine besondere Nothwendigkeit vor, diesen gemeinsamen Boden, das in den Tiefen des Felsens gebettete Fundament unseres Staatslebens jedermann erkennbar zu machen. Diesen Gedanken habe Seine königliche Hoheit der Großherzog in seiner Tischrede mit Nachdruck hervorgehoben und diesem hohen Beispiele möge das Haus folgen. In den heutigen Parteikämpfen werde allzu häufig von den Gegnern so geredet, als seien sie Feinde, man verschließe sich der Ueberzeugung, daß auch sie dem gemeinsamen Ziele zustreben. Die richtige Auffassung habe in dem Passus von der „gerechten Freisinnigkeit“ ihren Ausdruck gefunden. In diesen Worten ist nach des Redners Ansicht ausgesprochen, daß „konservativ“ und „liberal“ nicht sich ausschließende Gegensätze sind, sondern daß sie sich geradezu gegenseitig bedingen. Kein Mann kann wahrhaft liberal sein, der nicht zugleich konservativ ist. Der Liberale ebenso wie der Konservative muß festhalten an dem, was sich bewährt hat, und nur dasjenige fallen lassen, was nicht mehr haltbar ist. Nur zur Befriedigung klar erkannter Bedürfnisse, nicht der Strömungen des Tages, darf die Gesetzgebung in Bewegung gesetzt werden. Der Staat als lebendiger Organismus gleicht dem Menschen; wie bei dem letzteren, wenn ein einzelnes Glied leidet, der vernünftige Arzt nicht gleich mit Säge und Skalpell kommt, sondern mit gelinderen Mitteln zu helfen suche, ebensowenig ist beim Staate eine überstürzte Kur angebracht. Auch hier heißt es: Nur nach und nach, nur sehr mit Bedacht. Das war gerade der Gedanke, der uns vor zwei Jahren bei der damaligen Behandlung der landwirthschaftlichen Frage beherrschte. Wir verkannten nicht im mindesten die Größe der auf diesem Gebiete herrschenden Uebelstände. Aber gerade weil wir den Bauernstand für so wichtig halten, wollten wir nicht vorschnell experimentiren, sondern mit doppelter und dreifacher Vorsicht zu Werke gehen. Dies verlangt, daß man sich vor allem die thatsächlichen Verhältnisse vollkommen klar mache; erst dann wird man an die Frage herantreten können, ob und wie etwa auf gesetzgeberischem Wege vorgegangen werden könne. Die Drohung des Freiherrn von Bodman mit Initiativanträgen ist daher

nicht wohl angebracht. Redner bittet die Vertreter des Großgrundbesitzes im Hause, bei dieser agrarischen Frage im Auge zu behalten, daß, wenn sie hier Hoffnungen und Erwartungen anregen, die über das Ziel hinaus-schießen, es nicht an demagogischen Elementen fehlen werde, die hieran anknüpfen und die Konsequenzen ziehen würden, was den genannten Herren wahrlich nicht zum Nutzen sein könne. Würden die Zusagen nicht erfüllt, so werde es heißen, entweder hätten wir nicht gewollt, oder aber wir seien unfähig; dann werden jene Demagogen sofort bei der Hand sein mit dem Rufe: „Schwamm d'rüber!“ Es ist weniger gesündigt und gefehlt, wenn wir zwei und mehr Jahre später kommen — diese Erfahrung ist im Reiche bereits zur Genüge gemacht worden — als wenn wir hinterher das Bekenntniß ablegen müssen, daß wir zu eilig gewesen. Haben wir einmal an jenen letzten, untersten Grundlagen des Volkslebens gerüttelt, dann können wir nicht in zwei, ja nicht in zehn Jahren wieder kommen, um das Gethane rückgängig zu machen. Ueben wir daher Geduld, halten wir unnahe-sichtlich daran fest, die Thatsachen erst zu erkennen, ehe wir positiv vorgehen. Wir brauchen unterdessen die Hände nicht in den Schooß zu legen, sondern können zunächst auf indirektem Wege die bessernde Hand anlegen durch gesetzgeberische Maßnahmen, welche zur Hebung und Entlastung des Bauernstands geeignet sind. Die tiefsten und schlimmsten Schäden aber, wie die übermächtige ausländische Konkurrenz und die verderblichen Gewohnheiten, die sich vielfach historisch in unserer Bauernschaft herausgebildet, können nur sehr allmählig gebessert, schwerlich aber von Grund aus beseitigt werden.

Graf von Berlichingen hält die Warnung des Vorredners vor überstürzter Inangriffnahme der Agrarfrage für überflüssig. Dieselbe sei nicht erst seit zwei, sondern seit vielen Jahren in diesem Hause behandelt worden. Die Interessen der Großgrundbesitzer und diejenigen der kleinen Landwirthe seien identisch; die Jahrhunderte lange Geschichte, die Familientraditionen der ersteren, ihre Liebe zu Land und Volk sollten sie vor dem Vorwurfe bewahren, demagogische Tendenzen zu verfolgen. (von Holt: Dergleichen habe ich nicht gesagt.) Hinsichtlich der Statthastigkeit zeitgemäßer Aenderungen der Verfassung theile er die Anschauung des Herrn Dissené, insbesondere wäre er ganz damit einverstanden, wenn den Grundherren die Wählbarkeit in die zweite Kammer verliehen und den Standesherrn das Recht ertheilt würde, sich in diesem hohen Hause durch ihre Agnaten vertreten

zu lassen. In der landwirthschaftlichen Frage halte er an den von ihm auf dem vorigen Landtage aufgestellten zwölf Kardinalsätzen fest. Bei der Einkommensteuer handle es sich nicht sowohl darum, mit Hilfe derselben eine zweckmäßigere, als eine gerechtere Vertheilung der bestehenden Steuerlasten herbeizuführen. Er werde übrigens ein Gegner dieser neuen Steuer sein, wenn auch das landwirthschaftliche Einkommen von derselben berührt werde. Redner sucht die von ihm behauptete objektive Ungerechtigkeit der gegenwärtigen Besteuerung des Grundbesitzes gegenüber derjenigen des Kapitals an einzelnen Zahlenbeispielen nachzuweisen, verlangt eine intensive Börsensteuer, höhere Schutzölle für landwirthschaftliche Produkte und Beseitigung der heillosen Differentialtarife. Die Landesgesetzgebung aber habe vor allem eine Abstellung der bei der Katastrirung des landwirthschaftlichen Geländes vorgekommenen Härten und Willkürlichkeiten in's Auge zu fassen. Redner richtet scharfe Angriffe gegen die Finanzverwaltung wegen bürokratischen Vorgehens, wirft derselben vor, daß ein wegen seines Verfahrens bei dem Katastrirungswerke bei der Bevölkerung in Mißkredit gekommener höherer Steuerbeamter eine Beförderung erfahren habe und eine bei der Steuerverwaltung in diesem Betreff eingereichte begründete Petition sachlich unerledigt geblieben sei.

Gegenüber den von verschiedener Seite über die Reise des Herrn Staatsministers zu dem landwirthschaftlichen Gauveste in Krautheim gemachten Bemerkungen erwähnt Redner, daß er es gewesen sei, welcher den Minister dazu bewogen habe, jene etwas abseits gelegene Ecke unseres Landes auch einmal mit seinem Besuche zu erfreuen. Es sehe dem Herrn Staatsminister nicht ähnlich, daß er diesem eigentlichen Zwecke fern liegende Tendenzen bei der Reise im Auge gehabt habe. Wenn derselbe die Stimmung der Bevölkerung erforschen oder seinerseits Stimmung machen wolle, so ständen ihm gewiß geeignete Mittel und Wege zu Gebote.

Staatsminister Turban: Ohne in die eine spezifische Angelegenheit des hohen Hauses selbst bildende Berathung der Adresse auf die Thronrede tiefer eingreifen zu wollen, glaube er doch seiner großen Befriedigung darüber Ausdruck verleihen zu sollen, daß diese Debatte, welche gewissermaßen die Grundstimmung des Hauses beim Beginn der Landtagsthätigkeit feststelle, ganz jenes Gefühl und jene Gedanken wiedergebe, von welchen die Thronrede durchweht sei. Das Bestreben, dem Wohle

Verhandlungen der 1. Kammer 1883/84. Protokollheft.

des Landes möglichst einträchtig zu dienen, über die bestehenden Meinungsverschiedenheiten nach Kräften Herr zu werden und das Allen Gemeinsame herauszufinden, sei in Form und Inhalt des Adressentwurfs glücklich zum Ausdruck gebracht, und wenn auch im Laufe der heutigen Verhandlung über den einen und andern Punkt verschiedenartige Auffassungen hervortraten, so glaube er doch sicher zu sein, daß sämtliche Mitglieder des hohen Hauses dem Entwurfe ihre Zustimmung geben würden und daß auf diese Weise, so weit es sich um das Verhältniß zwischen der Großherzoglichen Regierung und der hohen ersten Kammer handle, die Arbeiten dieses Landtags in der erfreulichsten Weise eingeleitet würden, woran sich sofort die Hoffnung für ihn knüpfe, daß es nicht bloß bei dieser Einleitung bleiben, sondern daß dieser Ton fortauern werde bis zum Schlusse des Landtags, an welchem, wie er hoffe und erwarte, auf ein glückliches, dem Lande zum Segen reichendes Resultat werde zurückgeblüht werden dürfen.

Dem Herrn Grafen von Berlichingen spricht Redner den freundlichsten Dank dafür aus, daß derselbe am Schlusse seiner Rede sich seiner in einer angegriffenen Position so warm angenommen habe, will aber im Uebrigen auf diesen Gegenstand, weil derselbe gar zu sehr persönlicher Natur sei und sich nicht recht in den Rahmen der heutigen bedeutungsvollen Debatte einfügen lasse, nicht weiter eingehen. So viel glaubt Redner indessen versichern zu sollen, daß er sich keineswegs lediglich durch den Eindruck, den er auf den landwirthschaftlichen Festen gewinne, in seiner Auffassung von der Bedeutung und den Anliegen des Bauernstandes bestimmen lasse und daß er sich gerne häufiger ohne Festgewand in das Alltagsleben unserer bäuerlichen Bevölkerung hinaus begeben würde, wenn ihm die Zeit dazu geboten wäre, was leider nicht der Fall, da er durch solche detaillirte Untersuchungen wichtigere Aufgaben seines Amtes vernachlässigen würde.

Auf die verschiedenen Auslegungen, welche der auch nach der Auffassung der Großherzoglichen Regierung sehr wichtige Passus, der von den bewährten Grundlagen unseres Staatswesens spricht, gefunden habe, wolle er nicht des Näheren eingehen, sonst würde er vielleicht politisch-staatsrechtliche Betrachtungen anregen, die noch außerordentlich lange ausgesponnen werden könnten. Er für seine Person sei vollkommen befriedigt von der Antwort auf den bezüglichen Passus der Thronrede und

wolle nur Eines anfügen. Indem Herr von Holst in einer äußerst anziehenden und bemerkenswerthen Betrachtung über das Verhältniß des Konservatismus und Liberalismus sich aussprach, habe er nach seiner Anschauung einen Begriff mit diesen beiden Bezeichnungen verbunden, der zu seinem großen Bedauern praktisch in unserem Lande nicht immer sich geltend gemacht habe. Ein Konservatismus im Sinne des Herrn von Holst müsse jeder Regierung erwünscht sein, wenn sie ihn im Lande vorfinde und sie selbst müsse sich einen solchen so zu sagen edlen Konservatismus neben ihren sonstigen Grundtendenzen zu eigen machen. Wenn aber mit diesem Namen auch andere Anschauungen und andere Tendenzen verknüpft würden, dann sei es begreiflich, wenn Persönlichkeiten, die sich als konservative Kandidaten aufstellen ließen, von der Bevölkerung nicht gewählt würden, weil diese in ihnen jenen edlen Konservatismus nicht finden oder sie wenigstens zu den gemäßigten Elementen einer solchen Parteirichtung nicht zu rechnen vermöge.

Was die landwirthschaftliche Enquete betreffe, welche, obwohl ein spezieller Gegenstand, doch eine so hohe Bedeutung in der bisherigen Diskussion gewonnen habe, so bedauere er, noch nicht in der Lage gewesen zu sein, dem Hause dieses Werk zu unterbreiten, es werde dies jedoch voraussichtlich im Laufe der nächsten Woche geschehen können. Es sei ein sehr umfangreiches Werk geworden und werde dem Hause von großem Werthe sein. Die Enquete, in der eingehendsten Weise durchgeführt, erstreckte sich auf 37 Gemeinden, welche mit Rücksicht auf die mannigfaltigen Charaktere unserer bäuerlichen Bevölkerung aus den verschiedenen Theilen unseres Landes ausgewählt seien, so daß jetzt schon mit diesen 37 Detailschilderungen ein Gesamtbild unserer landwirthschaftlichen Zustände geboten sein werde.

Das hohe Haus werde in diesen Untersuchungen eine Darstellung der konstatirten Uebelstände sowie der Ursachen der letzteren, soweit sie zu ergründen waren, und im unmittelbaren Anschluß hieran auch einzelne Gedanken und Vorschläge finden, wie etwa diesen Uebelständen zu begegnen sei. Das hohe Haus werde sich aber überzeugen, daß das Material ein überaus reiches sei und der eingehendsten, sorgfältigsten und ruhigsten Ueberlegung bedürfe, um daraufhin jene Sicherheit der Ueberzeugung in formeller und materieller Hinsicht zu gewinnen, die nothwendig vorhanden sein müsse, wenn ein Gesetzesentwurf ausgearbeitet, wenn administrative Maßregeln

in Scene gesetzt werden sollen. Redner würde es seinerseits als ein allzudeckes Unterfangen der Regierung betrachten, wenn dieselbe unverweilt auch einen Gesetzentwurf über diese Materie vorlegen würde und wenn man sofort im Ministerium beginnen wollte mit allerhand Versuchen, wie auf administrativem Wege dieser und jener Uebelstand zu beseitigen wäre; gar nicht zu gedenken der Thatsache, daß eine ganze Menge von Ursachen rein subjektiver Natur seien, bezüglich welcher der Regierung eine Einwirkung vielleicht überhaupt nicht, jedenfalls aber in einem sehr geringen Grade möglich sei; hier handle es sich in der Hauptsache darum, daß die Banernfamilie selbst von Grund aus eine Besserung ihrer Zustände anstrebe, wobei die Gesetzgebung und die Regierung höchstens unterstützend eingreifen könne. Näher wolle er sich jetzt über den Gegenstand nicht auslassen, um in keiner Weise den Studien und dem Urtheil des hohen Hauses vorzugreifen. Redner schließt, indem er auch seinerseits dem von einem Vorredner geäußerten schönen Gedanken Ausdruck verleiht, daß die Liebe zu unserem Heimathlande und das Bestreben, seine Wohlfahrt zu fördern, der gemeinsame Leitstern sein möge, der Regierung und Volksvertretung durch diesen Landtag begleiten und, wie er hoffe, zu sicherem Ziele führen werde.

Geheimerath Ellstätter ist der Ansicht, daß die Erörterung von Steuerverhältnissen und Detailfragen des Budgets, auf welche einzelne der Herren Vorredner eingegangen, nicht mehr innerhalb des Rahmens einer Adressdebatte sich befinde, und würde deshalb zum Eintreten in die Diskussion für jetzt keinen Anlaß erblicken, wenn er nicht durch den Vortrag des Herrn Grafen von Verlichingen dazu gedrängt wäre.

Der Letztere habe die Verhältnisse in einer der Wirklichkeit nicht vollkommen entsprechenden, übertreibenden Art geschildert. Hieran hätte Redner übrigens erst dann entgegen zu sollen geglaubt, wenn man über praktische Dinge zu verhandeln habe. Der Herr Graf habe aber weiter vorgetragen, daß die Besteuerung des Grundbesitzes eine ungerechte sei, daß die Handhabung der Steuergesetze auf bureaukratischer Willkür beruhe, daß Beamte, die in gewissen Landesstellen den allgemeinen Unwillen der Bevölkerung erregt hätten, in eine bessere Stellung gekommen seien, und er habe zu gleicher Zeit bemerkt, daß ihm, Redner, in einem einzelnen Falle der betreffende Beamte bekannt sei. Letzteres sei nicht der Fall. Außerdem müsse er Folgendes entgegen: Zunächst



sei die Besteuerung des Grundbesitzes eine den bestehenden Gesetzen entsprechende. Er halte also den Ausdruck, der Grundbesitz werde durch ungerechte Besteuerung gedrückt, für vollkommen unberechtigt. Der Herr Graf habe auch über eine ungerechte Einschätzung des landwirthschaftlichen Geländes geklagt. Redner ist dies an dem Herrn Beschwerdeführer längst gewohnt. Aber er müsse auch jetzt wieder erklären, daß die Einschätzung nach den Vorschriften des Gesetzes erfolgt sei und daß, so lange dieses nicht eine Aenderung erfahren, auch von einer ungerechten Einschätzung nicht gesprochen werden könne.

Die zum Nachweise der angeblichen steuerlichen Bedrückung des Grundbesitzes angeführten Zahlen vermöge er nicht zu kontroliren und die vergleichsweise Gegenüberstellung der Steuerbeträge vom Grund- und vom Kapitalbesitz nicht als richtig anzuerkennen. Wenn der Herr Graf erklärt habe, daß eine Beschwerde bei der Steuerdirektion eingereicht, aber dort ad acta gelegt worden sei, wie überhaupt alles nach bureaukratischer Willkür behandelt werde, so müsse er eine solche Behauptung entschieden zurückweisen. Die Finanzverwaltung sei sich bewußt, den landwirthschaftlichen Interessen eine eben solche Theilnahme zu schenken, wie den Interessen aller anderen Bevölkerungskreise. Bei Berathung des Einkommensteuergesetzes werde er Gelegenheit haben, zu zeigen, daß die Finanzverwaltung berechtigten Klagen der Landwirthe abhelfen wolle, soweit dies auf steuerlichem Gebiete möglich sei. Er werde aber auch alsdann Gelegenheit haben, die ungerechten Beschuldigungen, welche die Verwaltung beziehungsweise die Steuergesetzgebung erfahre, in's rechte Licht zu setzen. Freiherrn von Bodman müsse er in einem Punkte berichtigen, nämlich bezüglich der Bemerkung, daß der frühere Einkommensteuergesetzentwurf lediglich eine Zusatzsteuer in Aussicht genommen habe. Auch jener Entwurf habe beabsichtigt, nicht eine Vermehrung, sondern eine Erleichterung der Besteuerung zu bringen; es wurde dabei beispielsweise die Abschaffung der Liegenschaftsacise in Aussicht genommen. Die Erwartung, daß durch den gegenwärtigen die Besteuerung der landwirthschaftlichen Gebäude werde beseitigt werden, könne er im Augenblicke nicht bestätigen. Herr von Bodman werde aber in anderer Hinsicht mit ihm einverstanden sein. Wenn indessen Herr Graf von Verlichingen zum Voraus seine Meinung dahin ausgesprochen, daß er, sofern dieser Gesetzentwurf auch die Landwirthe berühre, ein

Gegner desselben sein werde, so werde man den Herrn Grafen eben unter den Gegnern des Entwurfs zu suchen haben, denn wenn es sich um ein Einkommensteuergesetz handle, so müsse eben jedes Einkommen der Steuer unterworfen werden, ob es von Grundstücken oder aus Arbeit herrühre. Er glaube aber, daß das warme Interesse, welches von Seiten dieses hohen Hauses und von Seiten der Großherzoglichen Regierung den landwirthschaftlichen Verhältnissen des Landes entgegengebracht werde, auch aus dem Entwurfe, welchen das Finanzministerium den Kammern vorgelegt habe, hervorleuchten werde.

Nach einer kurzen Entgegnung des Grafen von Verlichingen und einer persönlichen Bemerkung des Geheimen Hofraths Dr. von Holst, worin derselbe die auf Mißverständnis beruhende Wiedergabe des das Eingreifen demagogischer Elemente betreffenden Passus seiner Rede seitens des eben erwähnten Vorredners richtig stellt, wird die Generaldiskussion geschlossen und hierauf der Entwurf der Adresse, ohne daß eine Diskussion über die einzelnen Sätze stattfindet, einstimmig angenommen.

Der Präsident fordert sodann zur Ausloosung zweier Mitglieder des Hauses auf, welche im Verein mit dem Bureau die Adresse Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog überreichen sollen. Das Loos fällt auf die Herren

Freiherr von Bodman und  
Koppel.

Einem weiteren Vorschlage des Präsidenten entsprechend wird

- a. der Gesetzentwurf über die Abänderung des Ortsklassentarifs für die Wohnungsgeldzuschüsse an die Budgetkommission;
- b. derjenige über die Rechtsverhältnisse der an Lehr- und Erziehungsanstalten von Korporationen oder Stiftungen verwendeten Volksschulkandidaten an die Justiz- und verwaltungsrechtliche Kommission verwiesen, während
- c. zur Vorberathung der Gesetzentwürfe über die Kosten der Landarmenverbände und über die Amtsdauer der Bezirksräthe sowie die Zusammensetzung der

Kreisversammlungen eine besondere Kommission,  
bestehend aus den Herren

- Freiherr von Hornstein, —
- Geheimer Hofrath Dr. Sonntag, —
- Diffené, —
- Sander und
- Koppel, —

gewählt wird.

Hierauf Schluß der Sitzung.

Zur Beurkundung:

Die Sekretäre:

R. von Stoeffer.

H. Graf von Helmstatt.